

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstand  
für beide Teile ist Calw



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 90

Dienstag, den 19. April 1932

Jahrgang 105

## Stufenweise Abrüstung als neuester Ausweg

### Der erste praktische Beschluß der Abrüstungskonferenz — Napolny fordert erneut entscheidende Verminderung der Rüstungen

U. Genf, 19. April. Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz trat am Montag nach einer mehrtägigen Unterbrechung unter dem Vorsitz von Henderson zu der Aufnahme der jetzt einleitenden Verhandlungen über die grundsätzlichen Fragen zusammen. Der Hauptauschuß nahm ohne Aussprache den vom Völkerbund angenommenen Arbeitsplan an und ging sogleich zum ersten Punkt über, der den Grundsatz der Herabsetzung der Rüstungen behandelt, und zwar a) endgültige Herabsetzung der Abrüstung in einem einzigen Abkommen, b) Herabsetzung auf ein Mindestmaß und c) stufenweise Herabsetzung. Ueber diese für die weiteren Verhandlungen entscheidenden Fragen wird jetzt der Hauptauschuß Stellung nehmen.

Botschafter Napolny gab zum drittenmal einen Abriss der deutschen These: Ein entscheidender Schritt in Richtung der Verminderung der Rüstungen muß geschehen. Politische und finanzielle Gründe zwingen dazu. Botschafter Napolny erklärte, daß in den deutschen Vorschlägen die Methoden zur wirksamen Erreichung dieses niedrigsten Standes aufgezeigt worden seien. Deutschland gehe davon aus, daß ein wirksamer entscheidender Schritt in Richtung der Abrüstung gemacht werden müsse. Eine unbedeutende oder nur scheinbare Abrüstung oder eine Stabilisierung der Rüstungen bei dem jetzigen Stande könnte in keiner Weise als Erfüllung der Konferenzaufgabe betrachtet werden. Schon die schwere Finanzkrise, unter der alle leiden, müsse an sich ein ausreichender Grund sein für eine möglichst weitgehende Herabsetzung des allgemeinen Rüstungsstandes. Deutschland würde es auf alle Fälle vorziehen, wenn die Konferenz sich einigen könnte, um ihr Ziel in einem Zuge zu erreichen. Im anderen Falle wäre es jedenfalls notwendig, nicht nur die erste Etappe, sondern auch die folgende sowie das Endziel festzusetzen. Doch die Zeiträume müßten so klein wie möglich sein und vor allem müßte schon die erste Etappe eine beträchtliche Herabsetzung bringen.

Von dem tschechischen Delegierten Dr. Beneš wurde hierauf ein Entschließungsantrag eingebracht, der den Zweck verfolgt, aus den Debatten eine bequeme und billige Schlussfolgerung zu ziehen. In dem Antrag heißt es, daß die Verminderung der Rüstungen „schrittweise durchgeführt und in kurzen Abständen“ revidiert werden soll. Frankreich und Polen stimmten diesem Antrag zu. Auf Vorschlag Hendersons wurde schließlich zur Behandlung des tschechoslowakischen Vorschlags ein Sonderauschuß eingesetzt. Dieser hat nach längeren schwierigen geheimen Verhandlungen einstimmig folgenden Entschließungsentwurf angenommen:

„Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz vertritt die Auffassung, daß die Herabsetzung der Rüstungen so, wie sie in dem Artikel 8 des Völkerbundespatentes vorgesehen ist, fortschreitend durch aufeinanderfolgende Revisionen in geeigneten Zwischenräumen durchgeführt wird, nachdem die gegenwärtige Konferenz den ersten entscheidenden Abschnitt einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen auf das mindest mögliche Maß verwirklicht hat.“

Die Abänderung des ursprünglichen tschechoslowakischen Antrags, in dem von einer allgemeinen Herabsetzung der

Rüstungen überhaupt nicht die Rede war, erfolgte auf Grund eines amerikanischen Antrags, der von deutscher Seite angenommen und ergänzt wurde. Insbesondere wurden von deutscher Seite die Worte „entscheidenden Abschnitt“ und „mindestmögliche Maß“ verlangt. Der Entschließungsentwurf wird heute im Hauptauschuß zweifellos ohne weitere Aussprache angenommen werden, da sämtliche maßgebenden Mächte im Sonderauschuß vertreten waren. Mit dieser Entscheidung hat sich nunmehr die Abrüstungskonferenz auf die stufenweise Durchführung der Abrüstung festgelegt, hat aber gleichzeitig bestimmt, daß der erste Abschnitt ein entscheidender Schritt in der Richtung der Herabsetzung der Rüstungen auf das Mindestmaß darstellen muß. Zwangsläufig wird es sich daher in den weiteren Verhandlungen der Abrüstungskonferenz um die Frage handeln, in welcher Weise der erste entscheidende Abschnitt zur Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß durchgeführt werden soll. Der Entwurf stellt die erste praktische Entschliebung der Abrüstungskonferenz dar. Er besitzt zweifellos große Tragweite.

### Die Aussprache der Staatsmänner

Beisprechungen Brüning mit Henderson, Grandi und Simon.

Reichskanzler Brüning stattete am Montag nachmittags dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson einen Besuch ab. Anschließend empfing er den italienischen Außenminister Grandi. Wie von italienischer Seite mitgeteilt wird, legte Grandi besonderen Wert auf eine deutsch-italienische Verständigung hinsichtlich der weiteren Behandlung der Donaufrage. Er betonte, daß in den bisherigen Verhandlungen besonders auf der Londoner Konferenz weitgehende sachliche Übereinstimmung in der Auffassung der beiden Regierungen zu verzeichnen gewesen sei. Sowohl die politischen als auch die wirtschaftspolitischen Interessen der beiden Länder an der Donaufrage stimmten in hohem Maße überein. Ein anderer Genfer Bericht besagt: Das Gespräch Brüning-Grandi lieferte die Feststellung, daß Deutschland und Italien in der Abrüstungsfrage, auf reparationspolitischem Gebiet und in der Behandlung der mitteleuropäischen Wirtschaftsprobleme durchaus übereinstimmende Auffassungen vertreten. Im Laufe der Genfer Ministerkonferenzen wird dieser Faktor wirksam zur Geltung gelangen. — In der längeren Unterredung, die der Reichskanzler am Vormittag mit dem englischen Außenminister Simon hatte, sollen vornehmlich Tribut- und Abrüstungsfragen zur Sprache gekommen sein.

Lorden Ende der Woche in Genf.

Wie in Pariser politischen Kreisen verlautet, soll Ministerpräsident Tardieu trotz der Wahlvorbereitungen noch gegen Ende dieser Woche nach Genf zu fahren beabsichtigen, um an den dortigen Verhandlungen teilnehmen zu können. Seine Anwesenheit in Genf sei besonders wichtig, wenn es sich bestätigen sollte, daß Staatssekretär Stimson plane, in der Notienfrage zwischen Frankreich und Italien zu vermitteln und das Londoner Abkommen wieder zu beleben. „Paris Soir“ schreibt, die Hauptaufgabe Stimsons in Genf bestehe im Gegensatz zu den amtlichen Erklärungen in der Herbeiführung einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage.

### Völkerbund und Chinakonflikt

U. Genf, 19. April. In überraschend einberufenem Neunzehnerauschuß der außerordentlichen Völkerbundsversammlung fanden am Montag außerordentlich schwierige und bewegte Verhandlungen über die Festsetzung einer Räumungsfrist für die von japanischen Truppen besetzten chinesischen Gebiete statt. Schließlich wurde folgendes vereinbart: Ein engerer Redaktionsauschuß soll sich mit dem Gemischten Auschuß in Shanghai, dem Vertreter der englischen, französischen, italienischen und amerikanischen Regierung sowie zwei Vertreter des japanischen Oberkommandos angehörend, in Verbindung setzen, um zu erfahren, welchen Zeitpunkt dieser Auschuß für die Zurückziehung der japanischen Truppen für geeignet hält. Für die Räumung ist die Linie vorgesehen, die die japanischen Truppen vor dem Schanghaier Zwischenfall am 28. Januar 1932 einnahmen. Auf Grund des Vorschlages des Schanghaier Auschusses soll sodann der Neunzehnerauschuß in unmittelbaren Verhandlungen mit der japanischen und russischen Regierung den endgültigen Räumungszeitpunkt festsetzen.

### Eingreifen Japans in den Konflikt zwischen der mandchurischen Republik und Rußland?

Den in Tokio ansässigen Pressevertretern wurde amtlich mitgeteilt, daß Japan die russischen Truppenzusammenschüßungen an der mandchurischen Grenze zunächst mit Ruhe ansehe, jedoch bereit sei, in den Streit zwischen Rußland und der neuen mandchurischen Republik einzugreifen. Die „Niswestika“ meldet, daß sich die politische Lage im Fernen Osten sehr zugespitzt habe. Die Lage an der chinesischen Ostbahn beweise, daß man die Schuld Rußland zuschieben wolle. Die vollkommene Verantwortung trage jedoch die japanische Regierung, die die Regierung Peking zu einem Konflikt mit Rußland treibe. Die japanische Presse bringe Märchen über Rußland und schaffe so eine Kriegsstimmung. Das Blatt warnt Japan vor einem solchen Spiel.

### Rauschgiftmuggel aufgedeckt

U. Berlin, 19. April. Die Berliner Kriminalpolizei ist in Zusammenarbeit mit der Newyorker Polizei auf die Spur eines großen Rauschgiftmuggels gekommen, der anscheinend von der Bande des vor einiger Zeit in Berlin verhafteten Del Gracio verübt worden ist. Zu Beginn dieses Monats wurden in Newyork auf dem Dampfer „The de

### Tages-Spiegel

Ein Auschuß der Abrüstungskonferenz, in dem sämtliche Großmächte vertreten waren, beschloß eine erste entscheidende Etappe der Rüstungsverminderung und einen stufenweisen Abbau der Rüstungen

Eine Aussprache Brüning mit Grandi ergab übereinstimmende Auffassungen in der Abrüstungsfrage, Reparationspolitik und den mitteleuropäischen Wirtschaftsproblemen.

Im Neunzehnerauschuß des Völkerbundes fanden schwierige Verhandlungen über die Räumung der von Japan besetzten chinesischen Gebiete statt. Die russisch-japanische Spannung in der Mandchurienfrage hat sich verschärft.

Der Haushaltsauschuß des Reichstages ist auf 26. April einberufen worden.

In Bessen haben die Nationalsozialisten die Auflösung des Landtags, die Aufhebung des SA-Verbots und ein Verbot der Eisernen Front beantragt.

Der neue amerikanische Botschafter in London, Mellon, erzählte, es sei nicht damit zu rechnen, daß Stimson während seines Aufenthaltes in Europa die Revision der Schuldenfrage öffentlich ansprechen werde.

„France“ sehr große Mengen Rauschgifte beschlagnahmt, die in Spielwarenkästchen verpackt nach Amerika eingeschmuggelt werden sollten. Die Sendung stellte einen Wert von etwa 1 1/2 Millionen dar. Bei der Suche nach der Herkunft der Rauschgifte ergaben sich Spuren, die nach Berlin deuteten. Als der Rauschgifthändler Del Gracio auf einem Berliner Bahnhof verhaftet wurde, gelang es einem seiner Mitarbeiter, der sich Fried oder auch Wolf nannte, zu entkommen. Die Berliner Polizei ermittelte bei der Suche nach dem Flüchtigen, daß er ganz in der Nähe des Anhalter Bahnhofes Lagerräume gemietet hatte.

### Vor Fertigstellung des Ostfiedlungsprogramms

U. Berlin, 19. April. Wie die Telegraphen-Union von unterrichteter Seite hört, stehen die Verhandlungen die zwischen dem Reichskommissar für die Osthilfe, dem Reichsarbeitsministerium und dem Reichsfinanzministerium seit einiger Zeit über die Aufstellung eines Ostfiedlungsprogramms gepflogen werden, unmittelbar vor dem Abschluß. Man rechnet damit, daß der Gesetzentwurf in der nächsten Woche vom Reichskabinett wird verabschiedet werden können. Das Gesetz soll die Voraussetzungen für die neue Befiedlung desjenigen landwirtschaftlichen Besitzes schaffen, der nicht mehr sanierungsfähig und daher von dem Sicherungsverfahren ausgeschlossen war.

### Kreugers Helfershelfer werden entlarvt

— Stockholm, 19. April. Der große Sonderauschuß, den die Stockholmer Kriminalpolizei zur Untersuchung der Kreuger-Betrügereien eingesetzt hat, begann seine Arbeit. Pressemeldungen zufolge soll die Untersuchung schon fast beendet haben, daß Kreuger in allen großen Finanzzentren der Welt Helfershelfer für seine kriminellen Machenschaften gehabt hat. Ein Teil dieser Personen soll bekannt und bereits von den Polizeibehörden der betreffenden Länder verhaftet worden sein.

Die Presse bringt eine Meldung, wonach der frühere König von Spanien kategorisch erklärt, niemals Finanzbeziehungen zu Ivar Kreuger gehabt zu haben. Die Meldung von „Sozialdemokraten“, daß in Kreugers Geldschrank eine von König Alfons unterschriebene Quittung über fünf Millionen Peseten gefunden worden sei, hat keinerlei amtliche Bestätigung gefunden, ebensowenig die Nachricht, daß eine Quittung Hitlers über 100 000 Kronen gefunden wurde.

Englische Zeitungen berichten, daß die Morgangruppe schon vor einiger Zeit die schwache Stellung des Kreuger-Konzerns kannte und wegen Kursverlustes einen Schadensersatz in Höhe von 10 Millionen Dollar forderte, da Kreuger nicht imstande war, den vertraglich festgelegten Aktienkauf von 600 000 L. M. Ericson-Aktien mit 400 000 International Telephone-Aktien durchzuführen. Nach der gleichen Londoner Meldung wollte Morgan die Abreise Kreugers aus Newyork verhindern und unterrichtete sogar die Polizei über die betrügerische Aktion Kreugers. Schließlich glückte es diesem, die notwendigen Geldmittel anzutreiben. Das Bankhaus Lee Higginson und Co. war inzwischen jedoch so misstrauisch geworden, daß es einen seiner Direktoren mit Kreuger zur Teilnahme an der Pariser Konferenz nach Europa schickte. Vor dieser Konferenz nahm sich Kreuger bekanntlich das Leben.



## Genfer Aussprache über den Donauplan

11. Genf, 18. April. Der auf der Londoner Konferenz vereinbarte Austausch von Denkschriften zwischen den vier Großmächten wird bereits in dieser oder der nächsten Woche erfolgen. Die Vorarbeiten für die Ausarbeitung der deutschen Denkschrift sind schon weitgehend gediehen. Die Uebersetzung der deutschen Denkschrift wird voraussichtlich in der allernächsten Zeit in Genf erfolgen. Obwohl eine offizielle Vereinbarung zwischen den Mächten der Londoner Konferenz über Weiterführung der persönlichen Verhandlungen in Genf nicht getroffen ist, nimmt man in unterrichteten Kreisen an, daß während der Anwesenheit Brüning's auf englischer und französischer Seite der Wunsch auf Aussprache über die weitere Behandlung der Donauplanfrage zutage trete und dabei sich die Möglichkeit der vertraulichen Unterhandlungen zwischen Brüning, Tardieu, Simon und Grandi ergeben werde. In internationalen Kreisen verstärkt sich der Eindruck, daß die praktische Bedeutung des deutschen Donauplanes zur Ueberwindung der wirtschaftlichen und Finanzkrisis der Donauländer immer stärker als einziger Ausweg anerkannt wird.

### Tardieu zur kommenden Lauanner Konferenz

Tardieu hielt am Sonntag nachmittag in Giromagny in seinem Wahlkreis Belfort eine große Wahlrede, in deren Verlauf er vor allem die Aufgabe der kommenden neuen Kammer und der neuen Regierung hervorhob. In der Außenpolitik ging Tardieu kurz auf die bevorstehende Lauanner Konferenz ein und erinnerte an die unveränderte Politik Frankreichs im Schoße des Völkerbundes seit 18 Jahren. Um auf dem Wege der internationalen Solidarität fortfahren zu können, wünsche er nur, daß man den Verträgen von gestern die Achtung entgegenbringe, die zur Rechtfertigung derselben von morgen notwendig sei. Auf der Lauanner Konferenz würden die französischen Unterhändler einer schweren Aufgabe gegenüberstehen. Die Bedingungen, unter denen das Hoovermoratorium geboren sei, beständen fort; die Auffassung derjenigen Mächte aber, die diesem Moratorium zugestimmt hätten, sei heute nicht mehr die gleiche. Für Frankreich sei eine Regelung dieser Angelegenheit nur dann unannehmbar, wenn allein die Gläubigermächte dadurch belastet würden.

## Politische Kurzmeldungen

Das Reichskabinett nimmt erst am 25. April die weiteren Haushalts-Beratungen wieder auf. Auch das angekündigte Wirtschaftsprogramm wird erst nach Brüning's Rückkehr aus Genf fertiggestellt. Die Arbeitsdienstpläne dürften nicht vor Herbst verwirklicht werden können, weil hierzu ganz erhebliche Reichsmittel nötig sind, wenn man nicht nur 100 000 Dienstfreiwillige, sondern vielleicht eine oder zwei Millionen Mann beschäftigen will. — Das Eingreifen des Reichspräsidenten in die Tätigkeit des Innenministers im Fall der Auflösung der nationalsozialistischen Wehrgenerationen wird in Frankreich stark beachtet. Bemerkenswert ist, daß die französische Rechtspresse die deutschen Linksorganisationen verteidigt. — Graf Westarp beabsichtigt, nach Wiederzusammentritt des Reichstages in einem Antrag das Verbot des Reichsbanners zu fordern. — Adolf Hitler wird in dieser Woche einen zweiten Deutschlandflug antreten, um vor den Landtagswahlen wiederum, wie vor dem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl, täglich in mehreren Städten Wahlversammlungen abzuhalten. — Der „Gebietsführer Nordwest“ der rheinischen Hitlerjugend, Wilhelm Kayser, ist aus der Partei ausgestiegen. Hinter Kayser haben sich zehn weitere Funktionäre der Hitler-Jugend gestellt; in einer Erklärung stellen sie fest, daß sie in der nationalsozialistischen Partei nicht mehr die Verkörperung dessen erblicken, wofür sie Jahre hindurch gekämpft haben. Die Partei sei „verbohrt“. — In Vorstandssitzungen des Deutschen und des Preussischen Städtetages wurde festgestellt, daß die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände für 1932 mit

einem Defizit von mindestens 750 Millionen Reichsmark rechnen müßten. — Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat dem Reichsverkehrs- und dem Reichspostministerium eine ausführliche Denkschrift unterbreitet, in der er die Umbildung der Deutschen Reichspost in eine Gesellschaft privaten Charakters und die Zusammenlegung aller Verkehrs-Einrichtungen, wie Bahn und Post, in einer gemeinsamen Verwaltungsspitze befürwortet. — In Amerika ist eine internationale Einrichtung geschaffen worden, deren Zweck es ist, hervorragende Redner und Vertreter des öffentlichen Lebens sowohl diesseits als auch jenseits des Ozeans zur Erörterung von wichtigen Fragen im Rundfunk zu gewinnen. In Deutschland wurde dieser Gedanke seitens des Auswärtigen Amtes freundlich aufgenommen, so daß die praktische Arbeit bereits mit einem Vortrage Dr. Schachts eröffnet werden konnte.

## Adolf Hitler in Abwehr

Er beantragt Disziplinarverfahren gegen sich.

Rechtsanwalt Dr. Luetegebreme teilt u. a. mit, das „Berliner Tageblatt“ habe unter der Schlagzeile: „Hitler als Staatsverleumder“ die unwahre Behauptung aufgestellt, Hitler habe vor der ausländischen Presse erklärt, die Auflösung der SA. sei unter dem Druck von Frankreich erfolgt. Da diese Behauptung geeignet sei, den Anschein zu erwecken, als ob Hitler seine Pflichten als Beamter verlegt habe, habe Hitler durch Rechtsanwalt Dr. Luetegebreme selbst den Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich gestellt und für die Dauer dieses Verfahrens seine Suspendierung von den Amtsgeschäften bei der braunschweigischen Staatsregierung beantragt. Hitler habe eine solche Erklärung niemals abgegeben.

## Kleine politische Nachrichten

Minister Dietrich über die Steuern. Auf einer Berliner Tagung des Tabak-Großhandels äußerte Minister Dietrich, daß bei einzelnen indirekten Steuern Fehler gemacht worden seien und daß man teilweise über das tragbare Maß hinausgegangen sei. Man habe aber auch versucht, diese Fehler zu berichtigen. Als die Biersteuer z. B. den erhofften Erfolg nicht gebracht habe, habe man sie geändert. Eine Aenderung der Umsatzsteuer werde aber nicht möglich sein.

Erneuter Gold- und Devisenverlust bei der Reichsbank. In der zweiten Aprilwoche hat die Entlastung der Reichsbank in der Kapitalanlage weitere Fortschritte gemacht. Die Wechselbestände gingen um 150 Millionen auf 3023 Millionen zurück. Der Notenumlauf verminderte sich um 85 Millionen auf 4000 Millionen. Den Ausgleich im Gold- und Devisenbestand, der in den letzten Wochen möglich war, vermochte die Reichsbank jedoch nicht aufrecht zu erhalten. Sie verlor an Gold und Devisen 32,7 Millionen.

Goerdeler erwartet 20 Millionen Reichshilfe für Leipzig. Der Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler begründete den Leipziger Haushaltsplan für 1932. Der Haushaltsplan ist nur dadurch zum Ausgleich gebracht worden, daß eine Reichshilfe von 20 Millionen Reichsmark auf die Einnahmenseite gesetzt wurde. Goerdeler gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Reich angeht, die ungeheuren Wohlfahrtslasten, unter denen die Gemeinden erdrückt zu werden drohen, an einer Reichshilfe in erheblichem Ausmaß nicht vorübergehen könne.

Hüftgang der Uebersee-Auswanderung. Im Jahre 1931 betrug die Zahl der deutschen Ueberseewanderer 13 700, darunter 7600 Frauen. Die Auswandererzahl war um 23 700 geringer als im Vorjahr. 1927 wanderten noch 61 300 Personen aus, im folgenden Jahr 57 200, dann 48 700 und 1930 nur noch 37 300. Die stärkste Auswanderung ging über Bremen, dann folgte Hamburg, während die geringste deutsche Auswanderung sich über Danzig vollzog. Aus Württemberg wanderten 1067 Personen nach Uebersee aus.

Ungarische Vorwürfe an Deutschland. Im ungarischen Abgeordnetenhaus warf Abgeordneter Eckhard (Oppositio-

nelle Landwirtpartei) Deutschland vor, die Donaumärkte vernachlässigt zu haben, namentlich, weil es seinen Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nicht ausgiebig in diesen Ländern decke.

Neue französische Briefmarken. Die französische Post wird ihre gebräuchlichsten Briefmarken, auf denen eine Säherin zu sehen war, durch andere ersetzen, auf denen eine Frauengestalt, die die französische Republik darstellt, als Friedensbringerin abgebildet ist. Diese Frauengestalt, die auf dem Kopfe die Jakobinermütze trägt, bietet einen Delzweig dar.

Polen schickt sich vor dem roten 1. Mai. Im Zusammenhang mit den bevorstehenden kommunistischen Kundgebungen am 1. Mai werden von den Sicherheitsbehörden in ganz Polen zahlreiche Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen. Vor allen Dingen soll dadurch die kommunistische Werbetätigkeit unterbunden werden.

Sturm auf das Parlament von Portorico. Angehörige der nationalistischen Partei von Portorico stürmten das Parlamentsgebäude in San Juan. Sie drangen in das Gebäude ein, wo es im Treppenhause zu einem Handgemenge mit Polizisten kam. Im Verlaufe des Kampfes brach ein Treppengeländer, wobei zahlreiche Personen auf den Fuß hinabstürzten. 1 Person wurde getötet und 20 schwer verletzt. Der Sturm galt einem Gesetz, das die Einführung einer neuen Flagge für Portorico vorsieht.

Revolution in Süd-Peru. Nach Meldungen aus Lima (Peru) ist in Süd-Peru eine Revolution ausgebrochen. Die peruanischen Kreuzer Amirante Grau und Colonel Bolognesi, die im Hafen von Panama lagen, richteten sofort ihre Anker und fuhren nach Peru.

Sieg chinesischer Freischärler. Chinesische Freischärler haben Züge der Dschinesischen Bahn beschlagnahmt und große Truppenabteilungen nach der mandchurisch-sowjetischen Grenze befördert. Dort bedrohen sie die Stadt Pogranitschnaja, deren japanische Einwohner nach Wladiwostok geflüchtet sind. Die japanischen Truppen in der Kirin-Provinz sind geschlagen worden. Die Chinesen haben die Stadt Ninguta wieder besetzt.

## Aus aller Welt

### 21. Deutscher Feuerwehrtag in Karlsruhe

Der in diesem Jahr geplante 21. Deutsche Feuerwehrtag findet Anfang August in der badischen Landeshauptstadt Karlsruhe statt. Die umfangreichen Vorbereitungen, die bei dem zu erwartenden Massenbesuch der deutschen Feuerwehrlente und der zahlreichen Interessenten aus dem Deutschen Reich und den Nachbarländern erforderlich werden, sind in vollem Gange.

### Aus Versehen die eigene Frau erschossen.

Durch einen verhängnisvollen Irrtum ist die Frau des Kolonialwarenhändlers Ackermann aus Untertürkheim (Saar) ums Leben gekommen. Die Frau war aufgestanden, um das Schlafzimmerfenster zu schließen. Dabei wurde ihr Ehemann wach, der in noch schlaftrunkenem Zustand glaubte, einen Einbrecher im Zimmer zu sehen. Er griff zur Waffe und schoß auf die Gestalt am Fenster. Die Frau sank tot zu Boden. Die Kugel war ihr ins Herz gedrungen. Das Ehepaar hatte stets in bestem Einvernehmen gelebt.

### Baseler Kaufmann unter dem Verdacht der Devisenschlebung verhaftet.

Von den deutschen Grenzbehörden in Vörsach-Stetten wurde der Baseler Kaufmann K. unter dem Verdacht verhaftet, die Devisen- und Effektenbestimmungen verlegt zu haben. Von den Berliner zuständigen Stellen war den Grenzbehörden mitgeteilt worden, daß K. im Februar und März für etwa 340 000 Reichsmark Effekten in Berlin veräußerte, die er in Basel vorher zusammengekauft hatte.

### Große Unterschlagnungen in Bremen.

In Bremen förderte eine unvermutete Revision der städt. Sparkasse Unterschlagnungen des seit dem Jahre 1916 bei der Kasse tätigen Kassierers Meyer zutage, die sich nach den bisherigen Feststellungen auf rund 100 000 Rm. belaufen.

## Anne Karine Cordin

Erzählung von Barbra King.

Einzige berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Cläre Greverus Mjosen.  
Copyright by Georg Müller u. Albert Langen, München 1930.

11 Am Tage vor Weihnachtsabend erschien Anne Karine im Skifloß nach allen Regeln der Kunst beim Frühstück. Das hatte sie fertig aus der Stadt gekauft zu. Reise bekommen. Und als sie fertig war mit dem Essen, zog sie los, die Ski überm Nacken geschultert.

Leutnant Berfin sah auf seiner Bude in Strümpfen und genoh seinen Morgentasse mit Semmeln — der auf einem nicht allzu lauberen Tablett vor ihm hingestellt war.

Es klopfte.  
Der Leutnant dachte, es wäre die Wirtin mit den Stiefeln oder den Pantoffeln, die sie zur Reparation hatte und rief:  
„Herein.“

„Morjen. Ich bin's. Sie haben mir doch versprochen, mit mir Ski zu laufen, sowie es Bahn gäbe. Schnell, machen Sie sich fertig.“

Leutnant Berfin wurde blutrot. Er stand auf und verbeugte sich. Und blieb hilflos stehen. Es war das erste Mal, daß er Besuch bekam von einer andern Dame als seiner Schwester. Und nun mußte ihm das gerade jetzt passieren, wo die Pantoffeln und die Stiefel in unerreichtbarer Ferne waren. Denn auf Strümpfen durchs Zimmer zu gehen, um sich ein Paar andre Stiefel zu holen, davon konnte nicht die Rede sein.

„Ich weiß, Sie haben heut frei. Ich hab' Dietrich gefragt. Sportsanzug haben Sie auch, die ich lebe. Na also. Kommen Sie mit?“ frag-

te Anne Karine und ließ sich in den Schaukelstuhl plumpfen.

„Selbstverständlich,“ stotterte der Leutnant, „gern.“

„Na, denn 'n bißchen plötzlich.“

Der Leutnant wand sich. Jetzt fehlte es grad so, daß die Wirtin mit den Pantoffeln und den Stiefeln hereinläme, so daß Fräulein Cordin sah, daß er in bloßen Strümpfen dasaß.

Anne Karine sah sich im Zimmer um.

„Hier ist es grade so gemütlich wie zu Hause in Vaters Rauchzimmer,“ erklärte sie. „Na, warum schießen Sie denn nicht los?“

„Entschuldigen Sie man, Herr Leutnant, daß Sie so lange in bloßen Strümpfen...“ die Wirtin war unmerklich hereingekommen. Sie „sch“ stehen, als sie eine junge Dame — ja, was es eigentlich ein Herr oder eine Dame? — im Schaukelstuhl des Herrn Leutnants sitzen sah.

„Sitzen Sie etwa in bloßen Strümpfen da? Also darun machen Sie los fomisch laufs Besißt, als ich kam. Ich hab's wohl recht, daß was los war mit Ihnen.“

Anne Karine guckte ungeniert unter den Tisch nach den grauen Strümpfen des Leutnants mit Waldfrauenstoppung in braun, weiß und schwarz.

„Warum haben Sie denn das nicht gleich gesagt, Mann? Sie sind ja zimperlich wie 'n Frauenzimmer.“ Sie wandte sich an die Wirtin: „Und Sie könnten gern bleiben lassen, seine Strümpfe in allen Regenbogenfarben zu stiden, finde ich. Kann ich die Semmel kriegen, die übrig ist?“

Die Wirtin starrte Anne Karine verblüfft an und zog sich zurück. Und der Leutnant, der seine Gassung wiedergewonnen hatte, sein Gast könne die Semmel und den Zucker und die Sahne gern kriegen. Kaffee war leider nicht mehr da.

„Danke,“ sagte Anne Karine. Und leerte

die Sahnenkanne in deinem Zug, und knabberte an ihrer Semmel, während der Leutnant die Lauparstiesel anzog und auf den Boden stieg, um seine Ski zu holen.

Frau Cordin wäre entzückt gewesen, hätte sie ihr Nichtes auf der Leutnantsbude, die Reste des Leutnantsfrühstückes vertilgend, sitzen gesehen.

Anne Karine lief so sicher auf Ski wie auf ihren eignen zwei Beinen. Sie war strahlender Laune.

„Gamos, daß Sie Weihnachtsabend zu uns kommen. Die andern Leutnants kenne ich fast gar nicht. Sie sind so glücklich ölig.“ sagte Anne Karine.

„Und Sie sind die einzige Dame, vor der ich mich nicht geniere, frei von der Leber weg zu reden,“ erklärte Leutnant Berfin offen. „Sie denken nicht erst groß drüber nach, wie das, was Sie sagen, sich ausnimmt. Sie sind wie ein richtiger guter Kamerad.“

„Ja, proste Mahlzeit. Wie war's denn mit den Strümpfen? Sie betrachten mich eben nicht als Ihren Kameraden, wie „sch Sie,“ sagte Anne Karine.

„Da. Wollen Sie?“ sie zog eine Handvoll Zuckersüße aus der Tasche.

„Wie umständig,“ sagte der Leutnant und nahm einige Stücke.

„Ha ha ha. Das ist der Inhalt Ihrer eignen Zuckerdose,“ lachte Anne Karine.

Dann erzählte Anne Karine von den Weihnachtsgeschenken, die sie machen wollte.

„Dietrich ein Paket Barinas Knaster, er raucht nämlich kein sehr feines Kraut.“ Darüber würde sich der Herr Oberstleutnant sicher sehr freuen, meinte Berfin. Dagegen rief er auf das bestimmteste von dem Geschenk für Frau Cordin ab. Anne Karine hatte nämlich vor, ihr ein neues Korsett zu schenken. „Denn ihrs ist zu klein, sie muß sich immer so abquälen, um hineinzukommen, die Aermlse.“

Der Leutnant erzählte, er habe einen Rosenstrauch für Frau Cordin bestellt. Und sie beschloßen, Anne Karine solle etwas kaufen wo man die Blumen hineinsetzen könnte.

„Die Blumen schenken Sie ihr wohl, weil Sie morgen da eingeladen sind, was?“ fragte Anne Karine.

„Offen gesagt, ja,“ sagte der Leutnant. Wenn man Weihnachtsabend wo eingeladen wäre, dann pflegte man der gnädigen Frau Blumen zu schicken und den Kindern eine Kleinigkeit zu schenken. „Für Sie habe ich also auch was,“ sagte er.

„Ei, wie nett. Ich hab' noch nie ein Geschenk gefriegt von jemand außer der Familie. Aber das wird eine teure Geschichte für Sie. Sie müssen doch auch für Sophie sparen,“ sagte die praktische Anne Karine. „Und ich hab' kein Geld, was für Sie zu kaufen. Ich hab' für das ekelhafte Rahenbißtleh müssen.“

„Ach, richtig ja,“ lachte Leutnant Berfin. „Aber, Sie sorgen Sie sich nicht um mich. Ich weiß nur zu gut, wie es ist, wenn man sein Geld verbraucht hat. Ich bin ganz im selben Kasus,“ sagte er.

Auf dem Heimweg ging Anne Karine und sann.

„Ich habe aber doch ein Geschenk für Sie,“ sagte sie, als sie sich trennten.

Der Leutnant zögerte ein wenig, und behielt ihre Hand in der seinen.

„Darf ich Sie um etwas bitten, — trotzdem Sie mir vielleicht böse darum werden?“ fragte er. „Könnten Sie nicht lassen, Donner und Doria zu sagen? Ich mag nicht, daß man sich über meinen Kameraden mokiert.“

„Ach, Sie meinen wegen Cordin? Sie sind nämlich die einzige, die was dabei findet. Schön — ich kann es ja bleiben lassen, — d. h. wenn ich dran denke.“

Fortsetzung folgt.



### Weitere Ausdehnung des Kreuger-Standard?

„Evening Standard“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Untersuchung der Kreuger-Angelegenheit wahrscheinlich noch aufsehenerregende Enthüllungen über den Abschluß der Streichholzmonopole Kreugers mit verschiedenen Staaten bringen werde. Es handle sich dabei um Prämienzahlungen Kreugers an einflussreiche Privatpersonen, die den Abschluß der Monopolverträge in den betreffenden Staaten begünstigt haben sollen.

### Die Naturkatastrophe an der Save

Die Nachrichten aus dem Uberschwemmungsgebiet der Save lauten täglich ernster. Die „Pravda“ meldet, die Bevölkerung sei von einer Panik ergriffen. Alle Schilderungen aus den heimgesuchten Gegenden würden durch die Wirklichkeit noch in den Schatten gestellt. Die Save habe die Brücken bei Mitrowiza und Dobronovaz gesprengt. Beide Städte seien völlig überschwemmt worden. In Mitrowiza seien noch im Laufe der Nacht fünf Häuser eingestürzt. Das Wasser reiche stellenweise bis an die Dächer der Häuserreihen.

### Erdbebenkatastrophe bei Vaku

Eine Erdbebenkatastrophe bei der Insel Swinoi im Kapischen Meer hat große Schäden angerichtet. Häuser und Leuchttürme wurden völlig zerstört. 8 Männer, 1 Frau und 3 Kinder sind ums Leben gekommen.

### Erdbeben in China

Nach einem im chinesischen Innenministerium eingegangenen Bericht ist die Stadt Matsching in der Provinz Szech von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. Der größte Teil der Stadt soll zerstört worden sein. Die Zahl der Todesopfer beträgt 51. Der Bürgermeister hat die chinesische Regierung um Hilfe gebeten.

### Nordargentinischer Vulkan erneut ausgebrochen

In der argentinischen Nordprovinz Salta ist der Vulkan Las Piedras, der bei den Ausbrüchen der vergangenen Woche ebenfalls beteiligt war, erneut in Tätigkeit getreten und wirft Steine und Asche aus. Die Aschenwolken haben einen gewaltigen Umfang angenommen und lagern über den argentinischen Provinzen Santa Fe, Corrientes, Entre Rios, der Republik Paraguay und verschiedenen brasilianischen Südstaaten.

### Kurznachrichten aus aller Welt

Eine unmittelbare Bildfunkverbindung wurde zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika eröffnet. An dem Verkehr können alle Orte in Deutschland und in den Vereinigten Staaten teilnehmen. — Das Berliner Philharmonische Orchester feierte sein 50jähriges Bestehen mit einem Festakt. Der Reichspräsident hat aus diesem Anlaß Dr. Wilhelm Furtwängler, dem die musikalische Leitung des Orchesters seit 10 Jahren obliegt, die goldene Goethemedaille verliehen. — In Chemnitz, das über 330 000 Einwohner zählt, geht mehr als die Hälfte der Einwohner von der öffentlichen Wohlfahrt in irgend einer Form. Der städtische Haushalt schleicht mit einem Fehlbetrag von rund 3 Millionen Mark. — In Braunschweig beschloß die Allgemeine Ortskrankenkasse, die Beiträge auf 6 v. H. zu erhöhen. Das Vermögen der Krankenkasse ist durch einen Nießenbau, der fast 10 Millionen Mark kostet, aufgebraucht. — Eine nette Ausbreitungsblüte ergab sich, als in Heidelberg die Abbrucharbeiten an der alten Post, der Oberrealschule und der zwei Häuser gegenüber dem Hof der Universität vergeben wurden, die mit der Vollendung der Neuen Universität verschwinden müssen. Das Mindestgebot betrug 16 000 Mark, das Höchstgebot 60 000 Mark. Der Unterschied beträgt also nicht weniger als 44 000 Mark. — Die Stadt Harburg ist durch die übeln Abgase ihrer Industrieanlagen berüchtigt. Kürzlich wurden auf einem in dortigen Hafen liegenden Schiff durch Einatmen von Abgasen sieben Personen der Besatzung und ein Passagier unwohl. — In Italien wird a. Zt. der Bau einer aus einem einzigen Bogen bestehenden Niesenbrücke geprüft, die die beiden Ufer der Meerenge von Messina zwischen Ganzini und Pezzo verbinden würde. Der Bogen der Brücke soll eine Spannweite von 2000 Metern haben, um allen Schiffen Durchgang zu gewähren. — In einer Munitionsfabrik in Kasan explodierte beim Umladen eine große Menge von Gasgranaten. Das ausströmende Gas verbreitete sich über das ganze Werk. 12 Arbeiter sind gestorben, 50 schweben noch in Lebensgefahr. — Die Fliegerin Marga von Ebdorff ist in Bangkok verunglückt. Ihr Flugzeug „Kiel in die Welt“ ist völlig zertrümmert. Die Fliegerin selbst hat Verletzungen und Schürfwunden erlitten, die aber nicht gefährlich sind. Marga von Ebdorff wollte nach Deutschland zurückfliegen.

## Württembergischer Landtag

### Landtagsanfrage wegen des SA-Verbots

Der Abg. Dr. Hülshfer (Dk.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Der sozialdemokratische preussische Innenminister Severing behauptet, daß die Länderregierungen mit seinem Vorgehen gegen die Nationalsozialisten einverstanden seien. Ich frage das Staatsministerium: Trifft diese Behauptung auch für die württ. Regierung zu und welche Tatsachen haben zutreffendfalls die württ. Regierung zu einer solchen Stellungnahme veranlaßt?

### Ein Sparauschuß prüft den württ. Etat

In einer deutchnationalen Versammlung am Sonntag in Gaildorf erklärte Finanzminister Dr. Dehlinger zu den Etat Schwierigkeiten: Die Deckung des Abmangels bleibt die wichtigste Aufgabe der Staatspolitik. Unterläßt man diese Aufgabe, so treibt man Bankrottspolitik und verfällt der Gnade des Reiches. Man muß hart sein gegenüber allen Einzelwünschen, sonst bleibt der Staat nicht gesund und kann nicht dort eingreifen, wo besondere Not zu heilen ist. Wir haben trotzdem noch mit einem Abmangel von 17—18 Millionen zu rechnen. Durch 2 Postabfindungszahlungen können hiervon 8 Millionen gedeckt werden. Ein neuer Sparauschuß wird den Etat nach neuen Sparmöglichkeiten durchgehen. Für 1931 wird man vielleicht noch durchkommen, für 1932 werden noch 6—7 Millionen fehlen.

## Aus Württemberg

### Zur Reichspräsidentenwahl.

Der Kreiswahlaußschuß des 31. Wahlkreises Württemberg (mit Regierungsbezirk Sigmaringen) hat das Ergebnis des 2. Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932 endgültig wie folgt festgestellt:

1. Gesamtzahl der Stimmberechtigten (abzüglich derer, die einen Stimmschein erhalten haben) 1 795 057
2. Zahl der abgegebenen Stimmscheine 27 473
3. Zahl der abgegebenen ungültigen Stimmen 8 178
4. Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen 1 422 731

Gültige Stimmen entfielen auf:

1. Paul v. Hindenburg, Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin 897 912
2. Adolf Hitler, Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München 416 521
3. Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Hamburg 108 078

Zerplittert 220

Der Württ. Mittelstandsbund für Handel und Gewerbe e. V. hielt in Stuttgart seine diesjährige Hauptversammlung ab. Nach Erstattung des Kassens- und Geschäftsberichts nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: Nach wie vor fordern die Angehörigen des selbständigen handel- und gewerbetreibenden Mittelstandes zu dem seit her Erreichten: a) Die Streichung des Paragraphen 1 Ziffer 2 der Bestimmungen betr. die Regelung des Zugabewesens; b) die Erweiterung des Verbots der Errichtung von Einheitspreisgeschäften auf alle Städte, auch auf solche mit weniger als 100 000 Einwohner; c) die Einführung einer Sondersteuer für Warenhäuser und Großhandelsgeschäfte; d) die Beseitigung aller steuerlichen Begünstigungen der Konsumvereine. Eine Konzessionierung für Warenhäuser und Filialgeschäfte genüge nicht, sondern nur eine wirkliche Sonderbesteuerung könne wirklichen Schutz gewähren. Den Konsumvereinen müsse die Bewilligung von Reichsmitteln zur Stützung grundsätzlich verweigert werden.

## Aus Stadt und Land

Calw, den 19. April 1932.

### Ständchen zum 75. Geburtstag

Wie bereits gestern an dieser Stelle mitgeteilt wurde, begehrt heute Herr Oberpräzeptor a. D. Baenschle seinen 75. Geburtstag. Der Calwer Liederkreis sah es aus diesem Anlaß als vornehme Pflicht an, seinem verehrten Ehrenvorsitzenden am Vorabend des Jubeltages ein Ständchen zu bringen. Unter Stabführung seines Ehrenpräsidenten Rektor Beutel sang der Liederkreis 3 schöne Männerchöre über Heimat und Vaterland, worauf Vorstand Kohler die Glückwünsche des Vereins in herzlichen Worten zum Ausdruck brachte. Herr Kohler würdigte hierbei die großen Verdienste, die sich Oberpräzeptor Baenschle besonders während seiner 25jährigen Tätigkeit als Vereinsvorsitzender erworben und freute sich, daß der Jubilar neben seiner vielseitigen Arbeit stets Zeit gefunden habe, das deutsche Lied zu pflegen. Nach den Schlussworten des Vorstandes, in welchen er dem Jubilar auch fernerhin beste Gesundheit wünschte, dankte letzterer in längerer Rede für die ihm zuteil gewordene Ehrung und die anerkennenden Worte des Vorstandes. Er führte u. a. aus, daß er gerade heute 50 Jahre in der Stadt Calw und im August d. J. ebenfalls mit dem Calwer Liederkreis verbunden sei. Vom Jahre 1887 an hat Herr Oberpräzeptor Baenschle als Mitbegründer des Liederkreises ¼ Jahrhundert lang die Geschichte desselben geleitet. In begeisternden Ausführungen ging der Jubilar sodann noch auf die Pflege des deutschen Liedes, die der Liederkreis auf seine Fahne geschrieben habe, ein und freute sich, daß der Verein auch in heutiger Notzeit, wie schon bei der Gründung, nach des Tages Last und Mühen zusammenkomme, um in gemeinsamem Sinne das Kleinod, das man in den deutschen Liedern habe, zu pflegen zum Wohle und Wiedererwachen unseres Vaterlandes. Mit dem Wunsche auf ein ferneres Blühen, Wachsen und Gedeihen des Calwer Liederkreises und im Gedenken an die froh verlebten Stunden im Verein schloß Herr Oberpräzeptor Baenschle seine aufrichtigen Dankesworte.

### Aus den Parteien

Versammlung der Kommunistischen Partei Calw

Die Ortsgruppe Calw der Kommunistischen Partei Deutschlands hielt am Freitag abend unter der Leitung von Herrn Sauter-Calw eine öffentliche Versammlung im Weichschen Saal, in welcher der frühere Spitzenkandidat dieser Partei, Landtagsabgeordneter Schenk-Stuttgart, über politische und wirtschaftliche Gegenwartsfragen etwa 200 Ständige, mit reichem Zahlenmaterial belegte Ausführungen machte. Ausgehend von der Reichspräsidentenwahl, widerlegte der Redner die Behauptung, daß die Kommunisten eine Niederlage erlitten hätten. Sie hätten sich nie der Illusion einer etwaigen Wahl Thälmanns zum Reichspräsidenten, wie die Nationalsozialisten für Hitler, hingegeben, könnten deshalb auch keine Enttäuschung über das Wahlergebnis haben. Ueber das Verbot der SA-Formationen äußerte sich der Redner, daß dieser politische Akt im engen Einverständnis mit Hitler erfolgt sei; denn nach den Landtagswahlen vom 24. April sei wahrscheinlich mit einer Regierungsbeteiligung der Nat. Soz. zu rechnen, und eine Privatarmee, zudem eine so teure und anspruchsvolle, könne dann unmöglich geduldet werden. Zu den Wirtschaftsfragen übergehend, zeigte der Redner in längeren und durch Statistiken belegten Ausführungen die ungeheure Verschärfung der Weltwirtschaftskrise mit ihren zerstörenden Einwirkungen auf die werktätigen Massen auf, die im Gefolge der Krise mitgehende Einschränkung des inneren und äußeren Marktes führe auf ganz natürliche Weise, zudem noch durch die Zins- und Tributzahlungen in gewaltiger Weise verschärft, zur Inflation. Einem solchen Geschehen könne nur eine einheitliche Zusammenfassung der werktätigen Millionen zum bewußten und entschiedenen Kampf einen unüber-

windbaren Damm entgegensetzen, denn nur wenn der Kapitalismus, dessen Sterben und völliges Vergehen heute jedem Denkenden klar sei, ganz verschwinde, könnten die Millionen der Werktätigen leben. Zu den Fragen der Landespolitik führte der Redner aus den Erfahrungen von 12 Jahren Parlamentstätigkeit aus, daß viele von den Kommunisten eingebrachte Anträge für Hilfeleistungen an verschiedene Bevölkerungskreise und Organisationen von den Sozialdemokraten bis hinüber zur äußersten Rechten abgelehnt worden seien, immer wieder mit der Begründung, es sei kein Geld da für diese Anträge, und zu gleicher Zeit gebe dieses Land Württemberg allein für seinen Gewaltapparat 40 Mill. R.M., für Staatszuschüsse an die Kirchen 12 Mill. Reichsmark, Riesensummen für hohe Gehälter, für die höheren Schulen, die von 18 Prozent des Volkes besucht werden, 11 Mill. R.M., für die Volksschulen, deren Schüler 82 Prozent aller Kinder betragen, aber nur 17 Mill. R.M., für Zuwendungen an das frühere Königshaus große Summen Gelder aus. In programmatischen Erklärungen erläuterte der Redner die Zielsetzungen der komm. Landtagsfraktion für die kommende Arbeits- und Kampferiode: Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten im Rahmen eines großen Arbeitsbeschaffungsplans, Ausbau der Schulungs- und Bildungsmöglichkeiten, Unterstützung des Wohnungsbaus, Weiterführung der Elektrifizierung der Reichsbahn, Verbesserung der Landeswasserversorgung, Schaffung von Spiel- und Sportplätzen, Bau von Krankenhäusern. Mit einem begeisterten Bekenntnis zum Gedanken des Sozialismus schloß der Redner seine Ausführungen, denen er später noch weitere grundlegende, über idealtische und materialistische Gesichtsauffassung wie über die Idee des Staates im Sinne sozialistischer Betrachtung anfügte.

### Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Calw

Stadtpfarrer Dr. Schenkel, Stuttgart-Zuffenhausen, der Spitzenkandidat der Sozialdemokratie im 8. Wahlkreis, sprach letzten Samstag in einer SPD-Versammlung im Weichschen Saal. Der Redner führte etwa aus: Welche Kreise sind sich nicht bewußt, was es bedeuten würde, wenn es einer der radikalen Gruppen gelänge, die Macht an sich zu reißen. Recht und Freiheit gingen für alle politisch Andersdenkenden verloren. Eine rückwärtslose Gewaltherrschaft würde den Bürger und Arbeiter knechten, der recht- und schuldlos der Willkür einer Parteidiktatur preisgegeben wäre. Die radikalen Elemente wünschten keine Gemeinschaft, sie erstrebten lediglich die Macht für ihre Führer. — Heute stehen wir mitten in einer Weltwirtschaftskrise von unerhörten Ausmaßen. Noch jetzt im Frühjahr sind in den führenden Kulturländern mehr als 25 Millionen Arbeitslose. In Deutschland leben mehr als 6 Millionen Arbeitslose, denen der Inhalt ihres Lebens genommen ist. Die Not geht heute durch alle Kreise. Der ungeheure Ausfall an Kaufkraft wirkt sich in einer Absatzstocung aus, unter der alle Stände zu leiden haben. Marx hat schon vor Jahrzehnten warnend vorausgesagt, daß durch die großkapitalistische Entwicklung eine Volkskrisis nach der andern der Proletarisierung anheimfallen werde. Es ist eine böswillige Entstellung, wenn dem Sozialismus die Schuld an der heutigen Not zugeschoben wird. Die Ursache der Not liegt in der Planlosigkeit der großkapitalistischen Wirtschaft. Vor allem aber kommt die katastrophale Verwirrung der Weltwirtschaft vom Krieg her Deutschlands Kriegskosten belasten sich auf mindestens 160 Goldmillarden, die Hälfte des deutschen Volksvermögens, die gesamten Kriegskosten der Kulturwelt auf eine Billion Goldmark. Dieses Geld ist, ohne Gegenwerte zu schaffen, vertan. Die Ursache des Krieges ist nicht der Sozialismus, sondern das Ringen der großkapitalistischen Mächte unter Mißbrauch des Nationalismus. Daß der Großkapitalismus und nicht der Sozialismus die Ursache der Wirtschaftskatastrophe ist, zeigt ein Blick auf Amerika mit seinen 9—10 Millionen Arbeitslosen. In den Vereinigten Staaten herrschen nämlich der Kapitalismus und die bürgerlichen Parteien. — Die Sozialgesetzgebung ist von der Sozialdemokratie ohne irgendwelche Hilfe der Nationalsozialisten erkämpft und behauptet worden. Es ist ein Ruhmesblatt des deutschen Sozialismus, daß er durchgehen konnte, daß in Deutschland trotz bürgerlicher Mehrheit, trotz Armut infolge verlorenen Krieges, trotz Schrumpfung der Wirtschaft dennoch im Jahre 1931 7,5 Milliarden Mark in der Sozialpolitik umgekehrt und bezahlt wurden. Daß trotzdem die Not ungeheuer groß ist, daran ist wahrhaftig nicht der Sozialismus schuld. — In Württemberg herrscht seit 8 Jahren eine reißbürgerliche Regierung. Es ist ein Unrecht, daß in einem Land mit einer so hochentwickelten und tüchtigen Arbeiterschaft diese von den Regierungsparteien von jedem Einfluß in der Regierung ausgeschaltet wurden. Wenn der württ. Finanzminister Dr. Dehlinger sich rühmt, den Staatshaushalt in Ordnung gehalten zu haben, so hat er um so mehr die Gemeinden belastet durch Abwälzung von Schulden, Begehrten, Fürsorgekosten auf die Gemeinden. Er hat den Hauptbetrag der Gebäudeverschuldungsteuer für den Staatshaushalt beansprucht, anstatt diese Gelder über die Wohnungskreditanstalt dem Baumarck zuzuführen. Größte Unzufriedenheit besteht in der arbeitenden Bevölkerung mit der Rechtspflege und der Leitung des Polizeiwesens. Für die Arbeiterschaft bietet sich jetzt eine außerordentliche Gelegenheit: Die Zertrümmerung der bürgerlichen Rechtsparteien und des Bauernbundes durch die Nationalsozialisten wird das württembergische Zentrum zwingen, die ungerechte Ausschaltung der Sozialdemokratie von den Regierungsgeschäften aufzuheben. Die württembergische Arbeiterschaft sollte die Bedeutung der Stunde erkennen und einmütig und geschlossen sich zur Sozialdemokratie bekennen, um sich auf diese Weise im Parlament den dringend nötigen Einfluß zu verschaffen. Der Redner sprach abschließend über Sozialismus und Kirche und schloß mit den Worten: Der Sozialismus erstrebt, was auch jeder Christ wünschen muß, eine neue Erde, auf der Gerechtigkeit, Bruderförm und Frieden walteten. Schlußwort a. D. Meyle schloß die sehr gut besuchte Versammlung mit der Aufforderung, für die Wahl von Stadtpfarrer Dr. Schenkel einzutreten.



